

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 221

Freitag, den 19. September 1924.

48. Jahrgang

Abg. Gustav Mallewitz †.

Einen schmerzlichen und schweren Verlust hat die deutschnationale Volkspartei Pommerns erlitten; ihr Landesverbandsvorsitzender, Reichstagsabgeordneter Gustav Mallewitz ist im Alter von 64 Jahren nach kurzem, schweren Krankenlager entschlafen. Mit den deutschnationalen steht in tiefer Trauer um Sarge dieses trefflichen Mannes das pommerische Handwerk, dessen hochverdienter Führer der Entschlafene als Präsident der Handelskammer zu Stettin war. Ein reichgelegnetes Leben ist abgeschlossen, ein Leben, dem Mühe und Arbeit den Stempel aufgedrückt; ein treuer, deutscher Mann ist dahingegangen, der in seiner schlichten Einfachheit und vornehmen Gesinnung als leuchtendes Vorbild im Leben stand. Möge ihm die Erde leicht sein!

Gustav Mallewitz ist geboren am 15. Mai 1861 in Wollin in Pommern. Sein Vater war Maschinenbauer. Mallewitz besuchte die Bürgerschule und dann die französische Knaben- und Mädchenschule seiner Heimatstadt. 1875 trat er als Lehrling in eine Buchdruckerei und Verlagsgeschäft ein. 1882 wurde er Redakteur und von 1885 bis 1911 Chefredakteur und Verleger der Pommerischen Reichspost und Buchdruckereibesitzer in Stettin, seit 1911 Verleger des Bundes der Landwirte für Pommern. Dem Landesgewerbeamt gehörte er als Mitglied seit 1908 an. 1899-1900 war der Verstorbene Stadtverordneter in Stettin. Von 1900 bis 1918 war Mallewitz Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und von 1903 bis 1919 Mitglied des Reichstags. In der versammelnden Deutschen Nationalversammlung bekleidete er den Posten eines Schriftführers. Besondere Verdienste erwarb der Verstorbene sich um das Handwerk, dem er jederzeit ein eifriger Berater und Förderer war, was nach außen hin dadurch zum Ausdruck kam, daß er vom Jahre 1903 an Mitglied und von 1919 an Vorsitzender des Handwerksamtes Stettin war.

Mallewitz' Nachfolger im Reichstag. Durch das Ableben von Gustav Mallewitz fällt das bisher von ihm ausgeübte Reichstagsmandat an Herrn Assessor a. D. Friedrich Karl von Zibewitz, Rittergutsbesitzer auf Kottow im Kreis Stolp, der als nächster auf unserer pommerischen Kandidatenliste steht. Es ist ein bekanntes und eifrig tätiges Mitglied des Pommerischen Landbundes. Im Weltkrieg, an dem er mit Auszeichnung teilnahm, war er schwer verwundet worden. Nach dem Kriege war Herr von Zibewitz als Regierungsassessor längere Zeit mit der Verwaltung des Landratsamtes Bergen auf Rügen betraut.

Die Frage des Fraktionszwanges.

Ein früherer konservativer Abgeordneter schreibt in der „Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung“ vom 16. d. Mts. „Ich gehöre zu den Gegnern des Londoner Abkommens. Nach den Versicherungen der führenden deutschnationalen Blätter mußte angenommen werden, daß die Reichstagsfraktion entlassen mit Nein stimmen würde. Um so bitterer war ich enttäuscht und niedergeschlagen, als ich die Annahme des Abkommens und insbesondere des dazu gehörigen Eisenbahnwärters durch die Hälfte der Fraktion las. Mein einziger Wunsch war, daß die Fraktion sich für das Wutgeheul des „Vorwärts“, des „Berliner Tageblattes“, der „Gazette de Bois“ und anderer stamm- und geminnungsverbundenen Blätter. Wenn diese Blätter ein solches Wutgeheul anstimmen, dann ist, sagte ich mir, vielleicht ein Zweifel erlaubt, ob nicht diejenigen, die sie anstimmen, im Recht sind.“

Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß in der deutschnationalen Wählerschaft eine tiefe Verstimmung herrscht, die sich weniger gegen die Abgeordneten, die mit Ja und Nein vorgetragen haben, richtet, als gegen die Fraktionsleitung. Dieser Vorwurf ist nicht unangebracht, daß sie taktisch falsch gehandelt, daß sie die Wähler im Lande über ihre wahren Absichten getäuscht, und vor allem, daß sie keinen Fraktionszwang ausgeübt hätten. Sie gegen die Fraktionsleitung erhobenen Vorwürfe werden diese sich wohl selbst verteidigen. Ein Vorwurf ist jedenfalls wohl unangebracht. Das ist der, daß es unterlassen wäre, die Fraktionszwang vorzuschreiben. Wer diesen Vorwurf erhebt, scheint die Bedeutung des Fraktionszwanges nicht zu kennen. Er ist ein Werkzeug aus der demokratischen Folterkammer, das nicht getrost den freibeitlich gesinnten Demokraten überlassen werden darf; er ist die Heldenmaschine, mit der in der Demokratie abweichende Meinungen beseitigt werden. Aus der Geschichte der alten konservativen Partei ist mir kein Fall bekannt, in dem er angewandt wäre. Der Fraktionszwang ist auch ein taktisch ungeeignetes Mittel, um eine Spaltung zu verhindern. Er ist ein Werkzeug, das die Charaktere lassen sich ein solches Mittel nicht gefallen, entweder legen sie ihr Mandat nieder oder sie treten aus der Fraktion aus. Dann ist die Spaltung da. In

vorliegenden Fälle, wo sich die Ansichten fast in gleicher Stärke gegenüberstanden, wäre der Fraktionszwang auch praktisch gar nicht möglich gewesen. Gesezt der Fall, daß bei der Abstimmung in der Fraktion durch einen Zufall Stimmengleichheit vorhanden gewesen wäre, oder daß die Fasager vielleicht um eine Stimme stärker gewesen wären, als die Reinsager. Was dann?

Meinungsverschiedenheiten, wie wir sie jetzt bei der deutschnationalen Fraktion sehen, kommen in jeder Partei vor. Die Parteien waren früher eine geschlossene Partei, jetzt sind sie gespalten in S. P. D., U. S. P. D. und P. P. D. Aber im übrigen heißt es von dieser Gesellschaft: Paß schlägt sich, Paß verträgt sich. Die Geschichte der Demokraten ist eine ununterbrochene Kette von Trennungen und Wiedervereinigungen. Die nationalliberale Partei klappte in zwei Hälften auseinander, als sie sich über Schutzoll oder Freihandel entscheiden mußten. Auch bei einer so straff disziplinierten Partei, wie beim Zentrum, sind früher Abplitterungen vorgekommen. So beim Sozialistengesetz und den Militärvorlagen. Fraktionszwang ist niemals geübt. Aber die Missetäter verschwanden dann sang- und klanglos bei den nächsten Wahlen aus der politischen Arena. So der berühmte Bauernkönig, Freiherr von Schorlemer-Alt, der doch gewiß nicht geringe Verdienste um das Zentrum hatte. Im Jahre 1893 wurde er für den Reichstag nicht wieder aufgestellt, weil er für die Gariboldi-Militärvorlage war. Wo ist der jetzige Präsident des Westfälischen Bauernvereins Frhr. von Kerckerling-Borg geblieben? Wohl um seine Bauernfreundlichkeit zu beweisen, hat das Zentrum ihn nicht wieder aufgestellt.

Nun zu den Konservativen. Ich möchte an drei Fälle erinnern, an den Kampf beim Zolltarifgesetz im Jahre 1902. Die Fraktion fiel damals auch in zwei beinahe gleiche Teile auseinander. Ähnlich verlief im Jahre 1905 im Abgeordnetenhaus der Kampf um den Kanal. In beiden Fällen gab es zunächst eine heftige Preßfehde, lange Entschuldigungen gegen die Sünder, die mit Ja gestimmt hatten, aber nach einigen Wochen war der Frieden wieder hergestellt, die Meinungsverschiedenheiten waren vergessen, und irgendwelchen Schaden hatten sie nicht angerichtet. Geradezu unheilvoll in seinen Folgen aber verblieb der dritte Fall bei der Besteuerung des Gatten- und Kindes-Erbes gelegentlich der Reichsfinanzreform im Jahre 1909. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion war aus durchschlagenden Gründen dagegen; nur ein kleiner Teil war dafür, der dem bloßen Schlagwort vom schwarzen Block erlegen war. Ihm folgten gleichfalls unter diesem Schlagwort und unter Irreführung der Regierung und einer wüsten Agitation der Linksparteien zahlreiche konservative Wähler. Die Folgen dieses Zwistes traten erst 1912 bei den Reichstagswahlen zutage. Die Deutsch-konservative Partei erlitt eine Niederlage und kam nunmehr infolge ihrer numerischen Schwäche für eine Mehrheitsbildung ausschlaggebend nicht mehr in Frage. Dieser Reichstag war der fehlerhafteste, den das alte Reich jemals gehabt hat; er allein trägt die Schuld an dem verlorenen Krieg — es sei nur an die Friedens-Resolution vom Juli 1917 erinnert, die der Anfang vom Ende war —, an der Revolution und all dem Elend unserer Tage.

Dieses Beispiel zeigt die Gefahr, welche eine Zerspaltung der deutschnationalen Kräfte mit sich bringen würde, und führt von selbst zu der Frage, was ist das Gebot der Stunde? Sollen wir unsern Todfeinden das traurige Bild der Selbstzerfleischung bieten? Das wäre der Gipfel des Unglücks. Was würde voraussichtlich die Folge sein? Der Verfall der Fraktion in zwei gleiche Teile. Der eine Teil würde vielleicht Anschluß bei der Volkspartei finden und eine Stütze für die gegenwärtige fast- und kraftlose Regierung werden. Oder, wenn er selbständig bliebe, so würde er nichts zu bedeuten haben. Der andere Teil, der jetzt mit Nein gestimmt hat, würde von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein, denn an einen Anschluß an die National-Sozialisten ist nicht zu denken nach dem Auftreten, das diese Herrschaften an den letzten Sitzungstagen im Reichstage gezeigt haben. Und wo würden die deutschnationalen Wähler im Lande bleiben? Die „nationale Opposition“ also wäre tot, nachdem sie sich durch ihre Uneinigkeit selbst das Grab gegraben hat.

Auf die Frage nach dem Gebot der Stunde kann es deshalb nur eine Antwort geben, und die heißt Einigkeit und Zusammenschluß, nicht aber Trennung. Darum Schluß mit den Zeichenreden, Schluß mit den Entschuldigungen der Landesverbände. Die einzige Luftstange, die jetzt zu sprechen hat, ist der Vertretertag; hier mag eine gründliche Aussprache stattfinden. Von hier aus muß sofort das Signal „Appell“ gegeben werden, auf das sich alles wieder zusammenzuschließen hat zu einer einheitlichen festen Front. Und dann das letzte eingesezt, alles drauf und dran zum Kampfe für die Freiheit des Rheins, für die Freiheit der Ruhr und für die Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes.

Strefemann gegen den Völkerbund?

Berlin, 18. September. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß unmittelbar nach der Stabilitätssitzung am 23. September mit der Bekanntgabe eines deutschen Antrages auf Eintritt in den Völkerbund gerechnet werden könne. Die alliierten Diplomaten in Berlin seien im Besitz von entsprechenden Informationen.

Gegenüber dieser Meldung erklärt die offiziöse „Zeit“, daß das Blatt des Außenministers, daß diese Meldung des „Daily Telegraph“ „eine Kombination“ sei. Das Blatt erklärt weiter, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für eine reine Zweckmäßigkeitsfrage und hält an den vielfach berührten Voraussetzungen Deutschlands für den Eintritt in den Völkerbund fest. Außerdem bemerkt es: „Die Lage, in der Deutschland heute dem Völkerbund gegenübersteht, ist gekennzeichnet einerseits durch die Rede Macdonalds in Genf, der man in Deutschland mit größtem Interesse gefolgt ist, andererseits durch die Rede Herriots, der sich darauf bezog, daß es im Völkerbund keine Ausnahmen und Privilegien geben könne. Die Lage ist aber auch weiter gekennzeichnet durch die jektstame Absicht gewisser französischer Kreise, den Gedanken deutscher Abrüstung mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in einen Zusammenhang zu bringen.“

Nach neueren Informationen widersezt sich Dr. Strefemann in der Tat einem sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das hat ihm die Unnade der Sozialisten und des ganzen pazifistisch-demokratischen Klüngels eingetragen, wie sie in zahlreichen Angriffen des „Vorwärts“ und der „Allgemein-Presse“ zum Ausdruck kam. Die Sozialisten und Pazifisten haben auch die ganze ihnen nahestehende Weltpresse mobil gemacht mit der deutlichen Absicht, Strefemann einzuschüchtern und ihn zur Aufgabe des Widerstandes gegen den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu bewegen.

Unter diesen Umständen erscheint uns in diesem Falle eine Rückstärkung des Außenministers auch durch die nationale Opposition angezeigt.

Vor Macdonalds Sturz.

Die Gegnerschaft der Industrie.

Die Lage Macdonalds scheinen gezählt zu sein, denn seine Gegnerschaft mehrt sich beständig. Retruitierte sich diese bisher hauptsächlich aus dem Parlament und sogar aus seiner eigenen Anhängerschaft, so treten neuerdings auch noch andere Wächtfaktoren gegen den Ministerpräsidenten auf.

So hat der Reichsverband der englischen Industrie, eine Zentralorganisation, die fast alle Industriellen in England umfaßt, gegen den russischen Vertrag offiziell Stellung genommen. Gleichzeitig hat sich die Londoner Handelskammer dagegen ausgesprochen. Daß die Konservativen gegen den Vertrag sind, versteht sich von selbst. Jeder Tag bringt neue Gegner. Selbst in der Arbeiterpartei machen sich viele Wiberstände bemerkbar. Der Präsident des Reichsverbandes der englischen Industrie sagte, daß nach Meinung der englischen Industriellen der Vertrag nicht geeignet wäre, die englischen Handelsinteressen in Rußland zu fördern oder brauchbare Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Die diesbezüglichen Artikel in dem Vertrage wären für die englischen kommerziellen Interessen, sowohl mit Rußland als mit anderen Ländern, nachteilig und bedeuteten eine Aufgabe von Rechten und Privilegien, die wesentlich für die Wohlfahrt der englischen Industrie sind.

Die englische Industrie erwartet daher mit Bestimmtheit, daß die Verträge vom Parlament abgelehnt werden, was auch wohl der Fall sein dürfte. Namentlich der Russenvertrag ist nach Ansicht der Industrie im höchsten Grade unbefriedigend. Ein besonderer Punkt der Kritik ist die Tatsache, daß die Anerkennung der finanziellen und ökonomischen Lage der Sowjet-Union die volle Befriedigung der englischen Ansprüche unmöglich mache, weil sie nicht mit den Tatsachen übereinstimme. Der Vorschlag, eine Anleihe zu garantieren, während die Regierung nicht in der Lage zu sein behauptet, die vorhandenen Verpflichtungen zu übernehmen, wird als fantastisch bezeichnet. Die Opposition der Handelskammer fordert in ihrer Kritik vor allem die Anerkennung der Vertragsheiligheit, die in dem gegenwärtigen Vertrag nicht gewahrt erscheint.

Rentenbank und Reichsbank.

Die neue landwirtschaftliche Zentralkant.

Bei der Rentenbank sowohl wie bei der Reichsbank stehen nach dem Londoner Abkommen bekanntlich einschneidende Veränderungen bevor.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank besaßte sich in einer Sitzung, die mehrere Stunden dauerte, mit den Problemen der Umstellung der Rentenbank auf eine zu gründende landwirtschaftliche Zentralbank. Wie verlautet, scheint sich eine grundsätzliche Zustimmung aller Gruppen, die im Verwaltungsrat vertreten sind, anzubahnen. Als Basis läßt sich die Statutenentwurf in Betracht, wonach unter anderem der Verwaltungsrat aus 16 Mitgliedern besteht, von denen 5 dem Reichsrat, 3 dem Landwirtschaftsrat und je 2 von in der Rentenbank vertretenen landwirtschaftlichen Organisationen angehören.

Die Reichsbank andererseits beruft eine Generalversammlung auf den 4. Oktober ein zur Beschlußfassung über die sich aus dem Bankgesetz ergebende Umgestaltung. Sollten jedoch bis zu diesem Termin die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe nicht zum Abschluß gelangen, so wird eine Vertagung der Generalversammlung eintreten.

Geringere Zinsen für landwirtschaftliche Kredite.

Die Leitung der Rentenbank hat ferner beschlossen, zur Entlastung der notleidenden Landwirtschaft ihre langfristigen Kredite durch Herabsetzung des Zinssfußes auf Reichsbankdiskont (10 Prozent) zu verbilligen. Den beliebigen Banken wird dieser Beschluß sofort zugehen mit der Maßgabe, daß dieser freiwillige Zinsnachlaß voll und ganz den letzten Kreditnehmern zugute zu kommen hat. Die Rentenbank fühlt sich verpflichtet, die Verbilligungssaktion der Reichsregierung durch diese Maßnahme zu unterstützen.

Das Hohenzollern-Vermögen.

Zur Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Königshause.

Der Generalbevollmächtigte des Kaisers, von Berg, veröffentlichte soeben eine längere Entgegnung auf die kürzlich herausgegebene Denkschrift des preussischen Finanzministers. Er führt darin aus, daß alle Vergleichsversuche gescheitert seien, weil der preussische Staat die größten Teile des Hohenzollern-Vermögens für sich behalten wollte ohne genügende Gegenleistung.

Ueber das letzte Vergleichsangebot des Staates wird gesagt, daß das Königshaus vorweg nur wenigstens die neuen Erwerbungen des Hofamterbesitzes mit circa 200 000 Morgen erhalten und den Rest von 200 000 Morgen, den alten Bestand des Hofamterbesitzes, von der Entscheidung des Prozeß- oder Schiedsgerichts abhängig machen wollte. Nur für den nicht erwarteten Fall einer gerichtlichen Entscheidung über diesen Altbestand zuzunehmen des Königshauses wollte sich der Vertreter der Krone eine anderweitige Entschädigung, etwa aus der Kronrente vorbehalten, weil der alsdann verbleibende Teil nach gewissenhafter Berechnung nicht ausgereicht hätte. Bei niedrigster Schätzung im Dezember 1923 sei der Bedarf des Königshauses auf 1,25 Millionen angenommen worden, während der ganze Hofamterbesitz nur einen Ertrag von jährlich einer Million, höchstens eineinhalb Millionen ergeben würde, die vom Finanzminister angebotenen 115 000 Morgen also nur ein Viertel dieses Betrages.

Wie die Entgegnung des kaiserlichen Sachwalters weiter besagt, kommen für den Unterhalt der eugeren königlichen Familie 26 Personen in Betracht, an sonstigen Mitgliedern des Hauses 17 Personen. Neben dem eigentlichen Unterhalt müssen die Verwaltungskosten, Steuern, Prozeßkosten und sonstigen Lasten in Rechnung gestellt werden. Derselbe Maßstab gilt auch für die vorläufige Zahlung von monatlich 50 000 Mark, ein Betrag, der ungenügend den geschätzten Erträgen der als Privateigentum dem Königshause längst rechtskräftig zugeprochenen Herrschaft Schwedt entsprechen soll.

Anrufung der Gerichte.

Die Entgegnung des Sachwalters wendet sich dann noch gegen die übertriebene Darstellung über den Haus- und Güterbesitz der Hohenzollern und weist den Vorwurf zurück, als ob die Vertretung des königlichen Hauses nicht bereit wäre, den bedeutenden kulturellen Interessen der Allgemeinheit bei der Auseinandersetzung Rechnung zu tragen. Das der Denkschrift des Finanzministers beigefügte Rechtsgutachten wird als das Urteil der Streitpartei bezeichnet, das natürlich auf autoritative Geltung keinen Anspruch erheben könnte. Zu einer annehmbaren Verständigung sei die Vertretung des Königshauses immer bereit gewesen und die werde auch weiterhin dazu bereit sein, sonst würde sie nicht mehr als fünf Jahre erwartet haben, ehe sie zur Anrufung der Gerichte geschritten sei.

Deutscher Kolonial-Kongress 1924.

Zweiter Tag.

Berlin, 18. September. Heute wurden in der Univerfität die Verhandlungen des Kolonialkongresses fortgesetzt und am Vormittag wieder Sitzungen der sechs verschiedenen Abteilungen abgehalten.

In der Abteilung für Kolonialpolitik sprach Gouverneur von Neuenberg über die deutsche Eingeborenen-Politik und setzte die Grundzüge auseinander, nach denen Deutschland in erfolgreicher Weise die Eingeborenen behandeln sollte. Nach ihm sprach der bevollmächtigte über ostafrikanische Verhältnisse gut orientierte Prof. Dr. Kössler über deutsche Kolonial- und Kulturpolitik in China. In der Abteilung für koloniale Wirtschaft würdigte der frühere Angehörige der Kameruner Schutztruppe Major von Stephani die Verdienste der Schutztruppe an der wirtschaftlichen und kulturellen Erschließung der Schutzgebiete. Der frühere Farmer in Südwestafrika Herr Kistler schilderte die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich die dortigen Farmer jetzt befinden, und der ehemalige landwirtschaftliche Sachverständige in Ostafrika, Ministerialrat Nidel, beschäftigte sich mit der Plantagenwirtschaft in den deutschen Kolonien. In der medizinischen Abteilung bildete die Malaria den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand. Der durch seine langjährige Tätigkeit in Kamerun bekannte Prof. Dr. Ziemann sprach über Kriegsmalaria, während Prof. Dr. Clauschilling und Dr. Schulze gemeinsam die Behandlung der Paralyse mit Malaria besprachen. Die Erfolge, welche in neuester Zeit durch Einimpfung von Malaria bei der früher als unheilbar angesehenen Gehirnerweichung erzielt worden sind, machten diesen Vortrag besonders interessant. Nach ihm berichtete Dr. Hassmann (Frankfurt a. M.) über die Bekämpfung der Insekten- und Mückenplage durch Blausäure.

Der Nachmittag war wiederum der Vollversammlung gewidmet. In ihr sprach zuerst Geh. Rat G. A. Schmidt über die deutsche Siedlung in Uebersee. Er wies darauf hin, welche Bedeutung die Auswanderungsfrage gerade jetzt in der Zeit

der Arbeitslosigkeit und der Beschränkung der Grenzen Deutschlands habe und daß es nötig sei, alles daran zu setzen, die Auswanderer dem Deutschen zu erhalten. Dies sei aber nur möglich, wenn man die Deutschen in eigenen Kolonien unter eigener Staatsoberrhoheit ansiedeln könne. Nach ihm behandelte Prof. Dr. Eckardt (Nachen) die Bedeutung der deutschen Kolonialstatistik für die Wissenschaft, die deutsche Wirtschaft und die Kartographie selbst. Er wies darauf hin, daß das, was die deutsche Kolonialstatistik in der kurzen Zeit ihres Bestehens geleistet habe, wiederum ein Beweis deutscher Tüchtigkeit und deutscher Kolonisationsfähigkeit sei. Den letzten Teil dieser Verhandlungen nahm ein Vortrag des Herrn Picht über die wirtschaftliche Notwendigkeit eigener kolonialer Betätigung Deutschlands ein. Er gab einen Ueberblick über die gesamte deutsche Kolonialgeschichte, brandmarkte die Kurzsichtigkeit, die in der Wegnahme des deutschen Kolonialbesitzes liege, indem er die ruhmvolle deutsche koloniale Tradition vor Augen führte und auf die Aufgabe hinwies, die Deutschland aus wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten in unentwickelten Kolonialländern zu erfüllen hat. In seinem Schlußwort würdigte der Präsident des Kongresses die geleisteten Arbeiten und dankte allen Mitarbeitern, die sich in selbstloser Weise für die große nationale Arbeit zur Verfügung gestellt hätten.

Dem Kongress hatte die tropenmedizinische Abteilung eine Ausstellung angegliedert, aus der man ersehen konnte, daß unsere Wissenschaft, obwohl aus den Schutzgebieten ausgewiesen, trotzdem jede Gelegenheit wahrnimmt, um zu zeigen, daß sie nach wie vor an diesen Problemen beteiligt ist und selbstständig weiterarbeitet.

Am Freitag beginnen in Potsdam die Verhandlungen der Deutschen Kolonial-Gesellschaft.

Stimmungsbilder aus der Wahlbewegung in Oberschlesien.

Die Wahlbewegung in Oberschlesien steht auf voller Höhe. Nicht weniger denn 12 Parteien versuchen sich den Sitz streitig zu machen. Die Zentrumsgruppe fährt das schwerste Geschütz zur Vernichtung der Deutschnationalen auf. Die Ueberstritten der Polemisten in der „Reicher Zeitung“ und der „Volkstimme“ kennzeichnen deutlich den Inhalt: „Die starken Männer, die auch anders können“ — „Die Deutschnationalen Abgeordneten vorher und nachher“, — „Vertuschungstaktik“, — „Massenflucht aus der Deutschnationalen Volkspartei“ usw. Das Zolli hat sich in einer Zentrumsversammlung am 11. d. Mts. in Kreuzburg der Sprecher des Zentrums, Ingenieur Wanderscheidt, geleistet, der ausführte: „Der Führer der Deutschnationalen Partei, Hergt, gehört zu einer Gruppe von Politikern, die sich mit Frankreich verständigen wollen. Die Verständigung ist in der Weise gedacht, daß Deutschland mit Frankreich günstige Handelsverträge abschließt, die ganze Provinz Oberschlesien an die Polen gibt, dafür seine Kolonien zurückhält und einen Teil der französischen hinzubekommt.“ Als dieser sonderbare Vertreter der „Partei für Freiheit und Wahrheit“ von einem deutschnationalen Redner aufgefordert wurde, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, verschauzte sich der gesinnungsstüchtige Herr hinter den Franzosen Herbe, der diese Ansicht in der „Viktore“ geäußert habe!

Vielfach wird über Versammlungsmüdigkeit geklagt, und wenn man bei den politischen Wetterkundigen nach dem Wahlausfall fragt, erhält man die Auskunft: Die Wahlbeteiligung werde am 21. September schwächer sein, als am 4. Mai. Der Oberschlesier sei eben mahlmüde, die vielen Parteien und die Abstimmung am 29. August haben ihn verprellt. Nach meiner Beobachtung ist glücklicherweise bei den Deutschnationalen von einer Versammlungsmüdigkeit nicht die Rede. Es mag allerdings auf dem Lande infolge der Witterung zuweilen schwacher Versammlungsbesuch zu bemerken sein, aber das ist nicht die Regel. Vor überfüllten Versammlungen sprach in Reize und Gleichwitz Erzelenz Hergt, und ebenso hatte der Abgeordnete Lufassowicz vor überfüllten und begeisterten Versammlungen in Oppeln und anderwärts zu reden. In Hindenburg, wo am 11. September der Abgeordnete Küffer sprach, war die Versammlung von etwa tausend Personen besucht, der Verlauf glänzend und die Zustimmung begeistert. Einige Momentbilder aus der Aussprache seien festgehalten. Der kommunistische Stadtverordnetenvorsteher schilderte die Charakterfestigkeit des Zentrums in folgender Weise: „Ihr habt früher in der Kirche für den Kaiser gebetet, jetzt betet ihr für Ebert und morgen werdet ihr für den Sowjetkern beten.“ Ein Propheet des Häuserbundes behauptete: „Die 62 Millionen Deutschen sind komplett verrückt, aber das Verrückteste ist, daß die 62 Millionen Verrückter einen, der nicht verrückt ist, für verrückt halten.“

In Kreuzburg tagten zu gleicher Zeit drei Versammlungen. In der deutschsozialen Versammlung Herr Kunze vor 60 Zuhörern. Die volksparteiliche Versammlung war dagegen mit 80 Personen besetzt. Die deutschnationalen Versammlung, die im Konzertsaal stattfand, und in der Abgeordneter Küffer sprach, war dagegen von 6- bis 700 Personen besucht. Aber auch in größeren ländlichen Orten, wie Loebisch und Slawitz im Kreise Cosel, wiesen die deutschnationalen Versammlungen guten Besuch auf und verliefen für die deutschnationalen Sache höchst befriedigend.

Deutsches Reich.

Die neue preussische Städteordnung soll nach einem Beschluß des Ausschusses für Verwaltungsreform im preussischen Landtag am 1. April 1925 in Kraft treten. Sechs Monate später müssen in ganz Preußen Gemeinderwahlen durchgeführt sein. Auch in Berlin sollen dann Gemeinderwahlen vorgenommen werden.

Wünsche der westdeutschen Wirtschaft. Nach einer Meldung aus Düsseldorf hat in Uebereinstimmung mit den Niederrheinisch-westfälischen Handelskammern des Industriegebietes der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen in einer Entschliessung zum Ausdruck gebracht, daß die preussische Staatsverwaltung unverzüglich die in ihrer Macht stehenden Mittel ergreifen solle, um in erster Linie die nicht länger ertragbare Belastung der westdeutschen Wirtschaft mit Gewerbesteuer zu beseitigen. Dazu sei erforderlich, daß ein gerechter Ausgleich in der Zuteilung der Ueberweisungen aus der Reichseinkommensteuer an die Gemeinden erfolgt und die Gemeinden nachdrücklich gezwungen werden, den Abbau der überflüssigen Beamten und die Eingruppierung in die Friedensgehaltstufen vorzunehmen. Diese Entschliessung machen sich der Verein für die bergbaulichen In-

teressen und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie zu eigen.

Erhöhung der Beamtengehälter? Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß die Beamtenpiketenorganisationen in den nächsten Tagen beim Reichsfinanzminister vorstellig werden, um eine Erhöhung der Beamtengehälter zu erwirken. Die Organisationen glauben, daß nach Abschluß des Dawes-Gutachtens in den Finanzen des Reiches bereits eine gewisse Ueberflußwirtschaft eingetreten sei, und daß das Reich und die Länder infolgedessen in der Lage seien, die Gehälter zu erhöhen. Die Organisationen werden das Reichsfinanzministerium ersuchen, daß die Erhöhung bereits am 1. Oktober in Kraft tritt. Bindende Beschlüsse sind in dieser Angelegenheit seitens der Organisationen noch nicht gefaßt. Insbesondere ist man sich noch nicht klar über das Ausmaß der Forderungen. Doch wird darauf hingewiesen, daß bei dieser Befolgsamkeit Erhöhung insbesondere diejenigen Beamtengruppen bedacht werden sollen, die bei der letzten Erhöhung zu kurz gekommen seien. Die Organisationen fordern demnach keine generelle Erhöhung der Gehälter sämtlicher Gehaltsgruppen.

Eine unerhörte Provokation. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Germania“ in großer Erregung: „Im sozialistischen Gewerkschaftshaus in München ist zurzeit eine Buchausstellung aufgemacht, in der auf der einen Seite zur Warnung die Erzeugnisse der Schund- und Schmutzliteratur aufgelegt, auf der anderen die vom sozialdemokratischen Standpunkt aus empfehlenswerten Bücher zusammengestellt sind. Unter die Schundliteratur zählen die Sozialdemokraten natürlich so ziemlich alle Kriegsbücher, Fürstenbilder usw. Das mögen sie halten, wie sie wollen. Aber als eine ganz unerhörte Veranzußerung der Katholiken, als freche Verhöhnung und Verächtlichmachung der religiösen Einrichtungen der katholischen Kirche, als schmachvolle Verletzung der Empfindungen des katholischen Volksteiles muß es bezeichnet werden, wenn die Ausstellung es wagt, unter den Erzeugnissen der Schund- und Schmutzliteratur auch ein Exemplar des Katechismus für die Erzdiözese München-Freising aufzulegen und daneben noch Auschnitte aus diesem Katechismus über Gottes Weisheit, über das 7. Gebot, die Erbsünde, die unbesleckte Empfängnis, das Unschleibbarkeitsdogma u. dgl. dem Beschauer vor Augen zu führen, die mit den hämischsten, herabwürdigendsten Bemerkungen versehen sind! Das ist wirklich ein starkes Stück, das an die üblen Methoden erinnert, mit denen die Sozialdemokratie vor dem Kriege den Kampf gegen die katholische Kirche führte.“

Das ist aber wirklich ein Jammer, daß die „Germania“ über den treuen Bundesgenossen solchen Verrag hat. Bisher hat sie doch alle diese „Unarten“ der Sozialdemokratie übersehen; was mag sich da hinter den Kulissen abspielen, daß das Zentrumsblatt sich auf einmal so erregt?

Hannovers Oberbürgermeister. Die Fraktion Ordnungsbloc und die Deutsch-Hannoversche Fraktion der hannoverschen Stadtverordneten-Versammlung ersuchen den Magistrat der Stadt Hannover, spätestens im Laufe der Woche eine gemeindefachliche öffentliche Sitzung einzuberufen mit der Tagesordnung:

Erstens: Die städtischen Kollegien beschließen, den Oberbürgermeister Leinert wegen seiner wider besseres Wissen erfolgten Selbstbezichtigung der Täuschung des Magistrats und der Bürgervorsteher als unwürdig der Stellung eines Beamten zu erklären, zweitens: den Herrn Regierungspräsidenten zu ersuchen, gegen Herrn Leinert das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung einzuleiten unter sofortiger Suspendierung vom Amte, drittens: Herrn Leinert aufzufordern, sich sofort seiner amtlichen Tätigkeits, insbesondere auch der Teilnahme an Deutschen Städtetagen, zu enthalten. Ferner liegt folgender Antrag der Kommunisten vor: Die städtischen Kollegien beschließen erstens: Herr Oberbürgermeister Leinert ist sofort seines Amtes enthoben, zweitens: in Anbetracht dessen, daß Herr Leinert noch fähig ist, seinem erlernten Beruf nachzugehen und mit Rücksicht auf sein sonstiges Einkommen wird von einer Pensionierung Abstand genommen.

Zurückziehung belgischer Truppen. Wie aus Arefels gemeldet wird, werden in der Krefelder Zone in der nächsten Zeit erhebliche Truppenverminderungen erfolgen. Die aus dem besetzten Gebiet zurückgezogenen Truppen werden auf belgisches Gebiet in der Nähe der deutschen Grenze lafarniert werden. Das belgische Ministerium für Landesverteidigung hat eine Verfügung erlassen, nach der die bei deutschen Familien einquartierten Offiziere zur möglichsten Beschränkung ihrer Wohnräume angehalten werden.

Fürstbischof Vertram und der Jungdeutsche Orden. Der Fürstbischof von Breslau veröffentlicht in Bezug auf den Jungdeutschen Orden eine Erklärung, in der es heißt: „Es ist unrichtig, daß er Geistlichen und Laien eine Erlaubnis gegeben habe, sich als Mitglieder des Jungdeutschen Ordens zu betätigen. Insbesondere sei es ausgeschlossen, daß Geistliche auf eine Erlaubnis für eine Betätigung im Orden rechnen können. Indem die Fuldaer Bischofskonferenz es abgelehnt habe, den Eintritt von Katholiken in den Orden und ähnliche Organisationen für einwandfrei zu erklären, habe sie mit unverkennbarer Deutlichkeit gesagt, daß sie nicht ohne ernste Bedenken den genannten Organisationen gegenüberstehe.“

Breslau. Die Geschäftsstelle der ober-schlesischen Sozialdemokratie wendet sich in einem scharfen Aufruf gegen die Mitteilung der Kommunisten, daß es in Hindenburg zu einer Vereinigung der Kommunisten mit der sozialdemokratischen Opposition gekommen ist.

Vermischtes.

Der Hochverräter wandert aus. Der berüchtigte Sonderbündler Dorian hält sich seit mehreren Tagen in Paris auf. Er ist mit einer Reihe französischer Persönlichkeiten in Verbindung gekommen. Er beabsichtigt, wie er einem Vertreter des „New York Herald“ erklärte, nach Amerika auszuwandern. Im Verlaufe der Unterredung gab Dorian zu, daß er endgültig die Politik aufgegeben habe.

Explosion auf einer Halde. Beim Verladen von Halde-massen in der Berghalde der Zeche Schlesia bei Bratel sind elf Mann verunglückt. fünf Mann sind tot, fünf schwer und einer leicht verletzt. Die schwerverletzten befinden sich in Lebensgefahr. Das Unglück ist durch eine Explosion, und zwar vermutlich auf die Weise entstanden, daß an der Arbeitsstelle größere Mengen schwelender Massen abrutschten und hierbei Gase freigelegt worden sind, die mit der Luft ein explosives Gemisch gebildet haben.

Ein neuer Nordpolfahrt im Luftschiff. Die amerikanische Regierung trägt sich abermals mit dem Gedanken, einen Polarflug mittel Luftschiff ausführen zu lassen. Diesem Projekt soll jedoch erst näher getreten werden, wenn der in Ameri-

ta erwartete Zeppelin dort eingetroffen sein wird.
Prag. Eine große amerikanische Handelsfirma aus Chicago will in der Slowakei große Waldgebiete ankaufen, um in diesen Pelztiere zu züchten.
Paris. Bei einem Probeflug sind zwei französische Flieger mit ihren Flugzeugen abgestürzt und verbrannt.

Stadt. Kreis. Provinz.

Der Deutschnationale Volksverein Stolz Stadt und Land hat anlässlich des Ablebens des Abgeordneten Mallewitz folgendes Telegramm an die Gattin des Verstorbenen gerichtet:
Der Deutschnationale Kreisverein Stolz Stadt und Land betrauert tief den Heimgang Ihres verehrten Gatten, seines Landesverbands-Vorsitzenden, der uns in schwerer Zeit ein hervorragender Führer war und in seinen Werken für uns unvergänglich bleiben wird.

Fürchtig geworden ist seit dem 17. d. Mts. aus Berlin nach Unterschlagung des Autos 1 A 18 695, der am 10. 2. 1905 in Mainz geborene Hans Joachim Pelzer. Bei Aufsuchen des Autos wolle man es anhalten.

Wer ist der Eigentümer? Einem auswärtigen Festgenommenen wurde folgende, vermutlich gestohlene Werkzeugstücke abgenommen: 3 Taschentücher (weiß), gezeichnet B. M. 3, ein Taschentuch (weiß), gezeichnet L. H. 3 (Monogramm), 2 Taschentücher (weiß), gezeichnet B. W., ein Taschentuch gezeichnet B. W. 24, 2 Seidentücher gezeichnet B. W. bezw. V. T. und B. W. (Monogramm), ein Paradiesstiften gezeichnet N. B. W. Etwa Bestohlene wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Diebstahl. Aus einer unverschlossenen Wohnung wurde ein silbernes, länglich-rundes Medaillon mit dünner silberner Kette gestohlen.

Wegen Glückspiels wurden mehrere Personen zur Anzeige gebracht, die in einem Lokale über die Polizeistunde hinaus gespielt hatten.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Freitag, wird der gestern mit durchschlagendem Heiterkeitserfolg aufgeführte Schwank „Der Meisterboger“ zum letzten Mal wiederholt. Sonntags nachmittags für unsere Kleinen das reizende Kindermärchen „Hänsel und Gretel“, und abends auf vielseitigen Wunsch zum letzten Mal „Des Königs Nachbarin“.

Berordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, gibt der preussische Landwirtschaftsminister eine ausführliche Polizeiverordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes heraus, der fernere eine umfangreiche Denkschrift über die gleiche Materie beigelegt ist. Die Denkschrift ist nunmehr auf Grund der eingehenden Beratungen der Kommission für die Bekämpfung des Kartoffelkrebes des deutschen Pflanzenschutzdienstes in der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft bearbeitet worden. Interessierte Kreise, die die Denkschrift kennen zu lernen wünschen, finden beide in Nr. 36 des „Ministerialblattes der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“, des amtlichen Publikationsorgans des Landwirtschaftsministeriums, im Vorlaut abgedruckt.

Pollnow. Verschüttet wurde am Sandberge hinter der Mittelschule der Arbeiter B. aus Pollnow. Die herabfallenden Sandmassen deckten ihn vollständig zu. Er hätte untkommen müssen, wenn nicht hilfsbereite Menschen den Vorgang beobachtet hätten. Der Betroffene ist unversehrt, wies aber schon am Gesicht und an den Händen bläuliche Färbung auf.

Treptow a. d. Toll. Ein schwerer Unfall, der ein Menschenleben kostete, ereignete sich in Ganzkow. Ein mit Korn beladener Erntewagen stürzte um und einer der drei Insassen, eine polnische Schmitzerin, konnte nur als Leiche unter dem Wagen herausgeholt werden. Ein Genickbruch hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. Die beiden anderen Personen sind nicht bezw. nur leicht verletzt.

Stadt-Theater.

Der Meisterboger.

Schwank in 3 Akten von Otto Schwarz und Carl Mathern.
Ein toller Schwank ist es, reich an Einfällen und zwerchfellerkütternder Komik, der uns gestern von Spielleiter Staebing in schönster Aufmachung geboten wurde, umso mehr, da sämtliche Darsteller mit Lust und Liebe bei der Sache waren

Tote, die leben!

Wiener Original-Roman von A. Potner-Greife.

64. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

„Nein! Nicht mit Kolf! Er ist in einer furchtbaren Lage. Da ist einerseits Hedwig. Er würde alles, alles für sie tun. Nur eines kann er vielleicht nicht: Selbst diejenige anfragen, welche — welche doch und trotz allem unsere Mutter war. Onkel Felix! Kolf hing so sehr an ihr. Er kann da nicht die Entscheidung herbeiführen. Seit einigen Tagen quält er sich grenzenlos und kommt zu keinem Entschlusse. Onkel Felix. Nun aber drängen die Umstände. Wir müssen handeln für ihn. Aber wir dürfen auch nicht darauf vergessen, daß Vaters höchster Wunsch es bestimmt war, über alles Geschehene den Schleier des Vergessens zu breiten. Nur nicht noch einmal Totes auferstehen lassen. Nicht nochmals unseren Namen den Menschen preisgeben.“

Sie schluchzte auf, wild und verzweifelt. Man vernahm es deutlich, daß im Nebenzimmer die Tür nach dem Gange zu geöffnet wurde und Agnes Mirbach mit Kolf die Treppe nach dem oberen Stockwerk hinausstiegen. Man hörte sogar ein paar Worte bis herunter.

„Ja, Tante! Wir wollen die Abrechnung zusammen noch heute durchsehen und abschließen.“

Dann knarrte oben eine Tür, und nun wieder tiefe Stille.

Nur das schwere Atemholen der beiden Menschen klang zusammen mit dem Rauschen des Wassers und dem feinen Singen des Windes in dem bereiften Geäst. Der Haushund, der im Hofe noch an der Kette lag, schlug ein paar mal kurz und drohend an. Aber er beruhigte sich schnell.

„Hella“, sagte Felix Mirbach drängend, „besinne dich! Was sollen wir tun? Der franke Mann mit dem englischen Namen ist vor einigen Tagen im Sanatorium gestorben. Ich habe es auf Umwegen erfahren. Aber man sandte umsonst wieder nach der Dame in Trauer, die in der Villa Rosenberg wohnte. Sie ging vor mehreren Tagen, als jener fremde Kranke noch lebte, einmal weg, nachdem sie noch einen Zettel, der ich für sie zurückließ, und ihre Briefschaften einsteckte.“

Sie ging fort und ist nicht wiedergekommen. Freilich sagte sie, daß sie wahrscheinlich ein paar Tage ausbleiben würde.

und ihre Rollen gut beherrschten. Sehr schnell war auch der Kontakt zwischen Bühne und Zuhörerkreis hergestellt. Ueber den Inhalt des lustigen Schwanks etwas Näheres zu sagen, erübrigt sich wohl. Nur so viel sei verraten, daß sich der Berliner Marmeladenfabrikant Friedrich Breitenbach fälschlich für seinen Namensvetter, den berühmten Meisterboger ausgibt, bis dieser dann selbst in die Erscheinung tritt und der tollen Komödie ein Ende macht. Das alles wird umraut von heiterem Beifall. Gespielt wurde flott von allen Darstellern, die ihren Rollen liebevollstes Verständnis entgegenbrachten. Auch die Regie war die denkbar beste und waltete in strenger Führlung ihres Amtes. Die Hauptrolle wurde von Heinz Strehlen mit verständnisvollem Eingehen auf deren Komik flott umrissen und ausgebaut. Ferdinand Staedings Rolle war mehr ernster Natur, doch auch der Humor kam bei ihm nicht zu kurz. Voening schuf in dem Pantoffelhelden Rippling eine prachtvolle Figur; dem Ganzen paßten sich würdig an Georg Günther, Karl Fügner, die Damen Else Herzog, Anni Weil, Lisa Scherber und Edith Jolly. Dankbaren Herzens kargte der Zuschauerkreis mit seinem Beifall nicht für den lustigen Abend, der für ein paar Stunden über die Alltagsorgen hinaus hob.

Letzte Meldungen.

Frühere Einberufung des Reichstages?

Berlin, 18. September. Der „Tag“ will heute erfahren haben, daß den Bestrebungen von Zentrum und Demokraten auf sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses insoweit nachgegeben worden sei, als der Reichskanzler zugegeben habe, nach seiner Rückkehr in der nächsten Woche zunächst die Führer der jetzigen Regierungsparteien zu empfangen und dann wahrscheinlich noch im Laufe der nächsten Woche den Auswärtigen Ausschuss einzuberufen. Bei dieser Besprechung werden nach Informationen des „Tag“ die Führer des Zentrums u. der Demokraten den Antrag auf Einberufung des Reichstages bis spätestens 5. oder 6. Oktober stellen. Sie beabsichtigen nämlich selbst die Frage nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen für die Schaffung eines Bürgerblocks gegeben seien. Diese Parteien hätten jedoch die Absicht, die seinerzeit bei Beratung der Dawes-Gesetze der Deutschnationalen Volkspartei gemachten Versprechungen nicht einzulösen, oder wenigstens möglichst zu verwässern. Demgegenüber weist der „Tag“ darauf hin, daß man sich auch innerhalb der Regierung der Gefahr bewußt sei, die eine Opposition der stärksten Reichstagsfraktion in sich birge, und daß daher aus den Kreisen des jetzigen Kabinetts zugegeben werde, daß sich auf die Dauer der Ausschluß dieser Partei von den Regierungsgeschäften nicht anrechterhalten lasse.

Die Frage des Regierungseintritts der Deutschnationalen.

Berlin, 18. September. In der heutigen Sitzung der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hielt der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Hergt, einen ausführlichen Vortrag über die politische Lage. Nach eingehender Aussprache wurde seinem Vortrag entsprechend folgende Entschlieung gefaßt:

„Einstimmig ist die Versammlung der Vorsitzenden der Landesverbände gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Sie ist die notwendigste Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands im nationalen Sinne. Die Versammlung billigt es, daß die Deutschnationale Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt dies nicht, so muß die Partei in die stärkste Opposition gegen die Reichsregierung eintreten.“

Die beste Anleihegarantie.

Die Bankiers Loblanc Coof, Vizepräsident des Equitable Trust, und Warburg, der Vorsitzende der International Acceptance-Bank sind aus Europa in Newyork eingetroffen. Warburg erklärte, über die Sicherheit der deutschen Anleihe befragt, er könne sich keine bessere Sicherheit denken, als die Arbeitskraft des deutschen Volkes, (Das glauben wir! D. Red.), vorausgesetzt, man lasse es in Ruhe. Für das Schicksal der deutschen Anleihe und für die Befriedigung der ganzen Welt überhaupt zeichnellste Räumung des Ruhrgebietes und weitestgehende Bindung in dieser Richtung durch Frankreich sehr wünschenswert. Die Ruhräumung sei die beste Anleihegarantie.

Man möge ihre wenigen Sachen nur einstweilen ruhig im Zimmer stehen lassen. Tatsache ist, daß sie nicht da ist. Und daß jede Spur von ihr fehlt. Denn, Hella, ich forschte doch auch nach ihr. Und eine weitere Tatsache ist dieser Zeitel. Er ist an mich, darauf könnte ich schwören. Und „H. M.“? H. M. ist natürlich „Hugo Wahr“. Und ich weiß noch eine Tatsache. Die kleine Lori ist heute morgen von jemandem, den die Magd dort wohl kennt, wie sie sagt, den sie aber nicht nennen will, abgeholt worden.“

„Die kleine Lori?“, fragte Hella verständnislos. In fliegender Eile begann Mirbach zu sprechen. Seine Worte überflühten sich fast. Aber sie gaben doch ein klares Bild von allem, was er selbst dachte und wußte.

Hella begriff trotz ihrer namenlosen Erregung alles vollkommen.

„Onkel“ sagte sie schein, „ist — ist nicht eine Möglichkeit, daß Wahr im Hause seines Vaters ist? In unserem alten Verwalterhause? Von da soll ja jener Gang nach dem Felsenkeller führen.“

Mirbach dachte nach. Ja, da waren starke Wahrscheinlichkeiten. Aber von allem, was Hellas Annahme bestärkte, wußte er gar so wenig. Nur, daß Hugo Wahr hier, in dem alten Hause seines Vaters, das ja nun ihm gehörte, allenfalls eine Zufluchtsstätte finden konnte, nur das war ihm klar.

Hella wollte rasch ins Zimmer zurücktreten, um sich ein Tuch zu holen. Aber mit einem leisen Aufschrei fuhr sie zurück. Knapp hinter ihr tauchte aus dem Dunkel eine schlanke Gestalt auf. Eine feste Männerhand legte sich auf ihren Arm.

„Ruhig, Hella!“ sagte Ernst Richters Stimme.

„Nichts, nichts soll geschehen, was nicht sein muß. Aber es ist ein Glück, daß ich hier stand und alles hörte. Erschrecken Sie nicht so, Herr Mirbach. Ich bin wohl derjenige, welcher Hugo Wahr verfolgt seit Tagen, aber Sie — Sie verfolgen ich doch nicht. Ihr wißt beide mehr als ich, das fühle ich schon lange. Und ihr — Mirbach und du — habt ganz recht: Kolf soll am besten ganz aus dem Spiele bleiben. Du bist vielleicht in diesem Falle stärker als er. So nimm dich jetzt zusammen, Hella, denn wir müssen handeln. Rasch und schnell handeln. Zu allererst will ich im Verwalterhaus nachsehen. Den Gendarmen möchte ich nicht verständigen. Aber Sie, Herr Mirbach, und ich — wir sind doch immer zwei gegen einen, falls wir Wahr finden.“

Peking bedroht.
Newyork, 18. September. Nach Telegrammen aus Schanghai ernannte heute nacht der Kriegsrat den General Wu-Bei-Zu zu oberkommandierenden der Armee, die gegen die Truppen des mandchurischen Generals Chang-Tso-Lin operiert, dessen vereinte Streitkräfte südlich auf Peking zu vorzuehen. Eine große Schlacht um den Besitz Pekings scheint unmittelbar bevorzustehen. Der Bürgerkrieg hat den Außenhandel Chinas vollständig lahmgelegt.

Japanische Drohung an Rußland.
Paris, 18. September. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Tokio meldet, daß der japanische Außenminister im Verlauf einer Kabinettsitzung mitgeteilt habe, daß, wenn die Sowjets nicht in 1 bis 2 Tagen ihre Haltung in der Frage der Petroleum-Gruben auf der Insel Sachalin ändern, Japan die Beziehungen abbrechen werde. Der Außenminister hat an den russischen Gesandten in Peking vorgestern ein Ultimatum gerichtet. Eine Antwort war gestern noch nicht eingelaufen.

Handelsnachrichten.

	18. 9.	17. 9.
	(In Millionen Mark.)	
	0.	0.
100 holländische Gulden	161,40	162,20
100 belgische Franken	20,85	20,95
100 norwegische Kronen	57,66	57,94
100 dänische Kronen	71,17	71,53
100 schwedische Kronen	111,42	111,98
100 dänischer Gulden	74,93	75,31
100 italienische Lira	18,40	18,50
1 englischer Pfund	18,75	18,84
1 Dollar	4,19	4,21
1 argentinischer Peso	1,45	1,46
100 französische Franken	22,40	22,52
100 schweizerische Franken	79,20	79,60
100 spanische Pseten	55,26	55,54
100 tschechische Kronen	12,57	12,63
100000 österreichische Kronen	5,91	5,93


Mittagsbörse (Amtlich.) Getreide und Oelisaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk 227-235, Mitteldeutscher — Rocoen Märk. 205-209, Westpr —, Pomm. — Sommergerste 222-250, Futtergerste 200-210, Hafer Märk. 183-191.

Weizenmehl 32,25-35,00. Roggenmehl 29,75-32,00 Weizenklein 15. Roggenklein 13,20. Raps 340-345, Weinsaat 440,00-460,00 Weinsaat 440-460, Viktoriaerbsen 32-36 Kleine Speiseerbsen 22, bis 26 Futtererbsen 19-20, Reluchsen 18-20, Aderbohnen 20-22, Wicken 16-17, Lupinen blaue 12,50-13, gelbe 14-17. Geradella 13,50-14, Rapsfuchen 15-15,30 Weintuchen 25,50-26 Trockenrübzigel 13,30 13,50 Vollwertige Zuckerrübzigel 23-25 Torfmelasse 30-70 Kartoffelflocken 19,50-20.

Stettiner Getreidenotierung vom 18. September. Zuf. Roggen 210, fest; inl. Weizen 232, unverändert; Hafer 184 bis 185, matt; inl. Gerste 210-240, unverändert, seine über Notiz.

Berliner Butternotierung.
Berlin, 18. Sept. 1924. 1. Qualität 1,85, 2. Qualität 1,65, abfallend 1,30 Goldmark.
Tendenz: fest.

Bären-Stiefel



für den Wintersport, zum Auto, zum Wandern, fürs Motorrad, für die Berge, wetterfeste zum Reiten, Winterstiefel, für die Jagd, Haferstiefel, für das Land, erstickt!

Hans Bähr, Spezialhaus Berlin, Spittel-Niederlage: Neumann-Stolp, Paradiesstr. 8.

„Ich lasse dich nicht allein gehn,“ sagte Hella in einem so bestimmten Ton, daß er kaum ein Wort des Widerspruchs fand. Aber dennoch zögerte er.

„Du kannst nicht mit! Es kann einen harten Kampf geben.“ Mirbach schüttelte den Kopf. Er hatte sich schneller, als es ihm erklürlich schien, dareingefunden, daß gerade Doktor Richter, den er so gerne vermieden hätte, nun plötzlich auftauchte. Er war durch und durch fatalist.

Was konnten mußte, das kam ja doch.

Das junge Mädchen hatte schon eine dunkle Fäde an. Um den Kopf schlang sie ein Tuch, welches das blonde Haar verbarg.

Scharf fiel das Mondlicht auf ihr totenblaues seines Gesichtchen. Aber Ernst Richter, sah es: In diesen, noch halb kindlichen Zügen stand der Ausdruck eines unbeugbaren Entschlusses.

„Jene — jene Frau ist in Gefahr,“ sagte Hella mit fliegendem Atem. Sie war geschickt auf das Fensterbrett gesprungen und schwang sich nun in den Garten hinaus. Es blieb Richter gar nichts anderes übrig, als ihr so schnell als es nur möglich war, zu folgen. Er tastete nach seiner Rocktasche. Ja, da steckte der sechs-läufige, scharfgeladene Revolver. Der konnte sich allenfalls als der beste Freund erweisen bei der Jagd auf einen Menschen, welche nun beginnen sollte.

Freilich, eine Jagd, die man mit ganz ungläublicher Vorsicht veranstalten mußte, denn Wahr war am Ende nicht allein. Er hatte vielleicht jene Frau, von welcher Mirbach und Hella sprachen, bei sich. Und ein Kind! Woju ein Kind?

Richters Gedanken stürmten durcheinander. Es war so vieles ihm noch unklar. Und anderes erschien wieder heller und lichter zu werden.

Die beiden Männer hatten sich mit einem scharf forschenden Blick angesehen. Und sofort erinnerte Mirbach sich: Das war der Mann, welcher neben ihm die Anzeigen las, die an der Mauer von Esterleins Gasthausgarten kleben. Mirbach hatte ein ganz vorzügliches Gedächtnis für alle Begegnungen und Genannten der Menschen. Jener Mann war ihm kaum aufgefallen damals. Zum mindesten hatte er ihn für einen gleichgültigen Fremden gehalten.

Nun schritt er hier neben ihm durch den bereiften Obstgarten, dem voraussetzenden Mädchen nach.

Fortsetzung folgt.

Extra-Angebot in Herren-Artikeln

Sportkragen , Pikee 50 S Dauerwäsche weiss u. gestreift 1,10	Sportserviteurs gestreift mit Kragen 95 S Serviteurs, weiss Pikee, weich 95 S Dauerwäsche, weich 1,10 hart 1,20	Klappchenkragen 4fach Makko, 5 1/2 cm hoch 60 S 6 " " 70 S Form Marine Dauerwäsche 5 1/2 " " 60 S 6 " " 70 S
Stehumlegekragen , 4fach Makko 95 S	Manschetten 4fach Makko 1,60 Dauerwäsche, weiss u. farbig 1,60	Uniformkragen 4fach Makko, weiss 50 S Dauerwäsche " 70 S
Stehkragen , 4fach Makko mit angeb. Ecke 60 S Dauerwäsche " " " 70 S		

Oberhemden Percal u. Zefir mit Kragen und Umlegemanschetten 6,75 vorrätig in den Weiten 39-43	Sporthemden , Panama weiss 11,75
Oberhemden , Zefir mit 2 Kragen und Umlegemanschetten 9,75	Jagdhemden , Zephir 15,75
Oberhemden , Zefir Ia mit 2 Kragen und Umlegemanschetten 12,75	Schlafanzüge , Ia. Percal, waschecht in moderner Ausführung 13,75
Oberhemden , Pikee weiss mit festen Manschetten 8,50	Sockenhalter Paar 90 S
	Hosenträger Gummi mit Leder 1,20
	Strickbinder 75 S
	Seidenbinder 80 S

Fernsprecher
124 125 126

Gustav Zeeck.

Schriftliche Bestellungen werden sofort am Tage des Eingangs durch meine Versandabteilung erledigt.

Antilige Bekanntmachungen.

III. Nachtrag

zur Ordnung betr. Besteuerung des Herbergsvertrages vom 30. September 1921.

Auf Grund der §§ 13, 18, 63, 69, 70 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Fassung der Novelle vom 23. November 1921 (G S S. 405) und des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 3. September 1924 wird folgender Nachtrag zur Ordnung betreffend die Besteuerung des Herbergsvertrages in der Stadtgemeinde Stolp vom 30. September 1921 erlassen:

Artikel I.

Der § 3 Abs. 1 in der Fassung des II. Nachtrags vom 30. Januar 1924 lautet ab 1. Oktober d. J. wie folgt: „Die Steuer beträgt bei einem täglichen Gesamtentgelt von 0,75 Goldmark an:

a) vom 1. Oktober bis Ende Dezember 15 %
b) vom 1. Januar 1925 ab 10 %
des Gesamtentgelts Ein Gesamtentgelt bis zu 0,75 Goldmark bleibt steuerfrei.“

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Stolp, den 6. September 1924.

Der Magistrat.

(L. S.) gez. Zielke Ehlert.

Der vorstehende Nachtrag ist gemäß Verfügung des Regierungspräsidenten in Köslin vom 11. September d. J. — I. R. 13 — genehmigt worden.

Dieser Nachtrag hängt vom 19. bis 25. 9. 24 im Schaufenster des Rathausflurs und im städt. Steueramt öffentlich aus.

Bei folgenden Besitzern befinden sich in der Stadt Stolp angeforderte Ziegenböde:

Rasche, Radeberg 22; Klein, Geersstr. 16; Schwonke, Boelkestr. 33; Moewes, Waldemarstr. 12; Glente, Schlawerstr. 6; Jeschke, Waldemarstr. 18; Ruch, Gr. Ackerstr. 20; Jahn, Adolph-Damaschkestr. 6; Warz, Waldemarstr. 7 und Horst, Triftstr. 6.
Stolp, den 15. September 1924.

Der Magistrat.

Im städtischen Versorgungshause Stiftstr. 1 werden Federn gerissen und Holz zerleinert. Meldungen dafelbst Stolp, den 18. September 1924.

Die Armendirektion.

Auf der Vorstandssitzung der Stolpe-Regulierungs-Genossenschaft in Rathsdammstr. am 12. August d. J. wurde einstimmig beschlossen, die noch ausstehenden Genossenschaftsbeiträge bis zum 1. Dezember 1924 zu summen.

Beiträge, die bis zum genannten Termin nicht an die Genossenschaftskasse abgeführt sind, werden zwangsweise beigetrieben.

Genossenschaftsvorsteher.
Harnisch.

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge

kaufen Sie vorteilhaft in

Cutter's Etagegeschäft

Friedrichstraße 6
Erstes christliches Etagegeschäft am Platz.

Krieger-Berein 1876 Stolp.

Außerordentl. Vorstandssitzung einschl. Vereinsoffiziere am Sonnabend, d. 20. d. Mts. abds 8 Uhr im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Berein ehemaliger Blücherhusaren

Zu der am 21. d. Mts. stattfindenden
Fahnenweihe in Budow
tritt der Verein am 21. vorm. um 10⁴⁰ auf dem Bahnhof an. Rückfahrt von Budow um 10 Uhr abends. Um rege Beteiligung wird gebeten.
Der Vorstand.

Saure Pflaumen!!

ein großer Posten trifft Montag ein und nehme Sonnabend auf dem Markt Bestellungen entgegen.

Birnen!!

Gute Luise empfehle Sonnabend auf dem Markt preiswert, ebenso auch Gurken und Blumenkohl. ::
Fernruf 924. **Knop, Stromstr. 6.**

Asbest-Dachschiefer

in deutschen und englischen Grössen
Der beste Dachschiefer
an Festigkeit und Haltbarkeit unerreicht.

C. D. Ramm, Hamburg 8, Brauerstr. 27.
Fernspr.: Roland 3843. - Vertreter gesucht.

F. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger Ausführung für Handel- und Gewerbetreibende sowie Behörden, Private u. Vereine

Stadttheater

Dir. H. Schneider
Telefon 419.
Heute Freitag
Der Meisterboger
der große Erfolg.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr
Hänsel u. Gretel.
Musik von Humperdinck.
Preise von 0,25—1,00 Mk.
7 Uhr zum letzten Mal
Des Königs Nachbarin
Operette von L. Jessel.
Ende vor 10 Uhr.

Freibank.
Sonnabend, vorm. 7 Uhr
Verkauf von gefochtem
Rind- und Schweinefleisch.
Die Schlachthofdirektion.

Deutscher Rentnerbund

Ortsgruppe Stolp.
Die Auszahlung der Rentnerbeihilfe erfolgt am **Sonnabend, den 20. Septbr.** morgens von 7 1/2—12 Uhr mittags im Jugendheim.

Das Gut Warbelow
kann keine
Kartoffeln
im Kleinverkauf nach Stolp abgeben

Herrn u. Frauen

jeden Standes bietet sich durch leichten Verkauf eines prakt. Wirtsch.-Artikels ein täglicher Verdienst von **Mk. 10.—**. Ein Stück Muster gegen Einsendung von **Mk. 2.—**. Bei Rücksendung Geld zurück.
Wettlauchte Dresden,
Kohlshütter Str. 2.

Hypotheken

an städtischen, ländlichen u. industriellen Grundbesitz sowie
Darlehen
und
Betriebskapital
gegen jede Art von wirklichen Sicherheiten schnellstens und zuverlässigst zu zeitgemäß günstigen Bedingungen
Vereinigung Deutscher Privatkapitalisten
Berlin W 612 Kürfürstendamm 14/15

Glückl. Heirat
bietet sich für Damen mit Herren in gut. Position. Ausl. distr. und kostenlos
Lindloff, Berlin 113,
Wisbyerstraße 6.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.
14. Sonntag nach Trinitatis
Vorm. 8 1/2. Frühgottesdienst
Pastor Lic. Steffen.

Vorm. 10 Uhr Einführung des Pastors Spittel durch Sup. Witte. Predigt: Pastor Spittel.

Danach Beichte u. Feier des hl. Abendmahls: Derselbe. Kollekte für den Pom. Krüppelpflegeverein.

1—2 Uhr Spargelbannahme in der Mittelschule.
Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche.
Pastor Lic. Steffen.

2 Uhr desgl. im Evangelisationsaal. Pastor Nobiling. Begräbniswoche: Pastor Botke.

Evangelisationsaal
(Arnoldstraße).
Sonntag, den 21. 9. 1924
abends 8 1/4 Uhr Versammlung
Ev. kirchl. Blaukreuzverein:

Donnerstag, den 25. Septbr. 1924 abds. 8 1/4 Uhr Versammlung in dem Saal der Schloßkirche.

Schloßkirche.
1/2 9 Uhr Mittägottesdienst.
10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst und Abendmahl
Kollekte für das pom. Krüppelheim.
Pastor Rathle.

St. Petri.
14. Sonntag nach Trinitatis.
Vorm. 10 Uhr Predigt.
Pastor Lamberg.

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Derselbe; Kollekte für den Pom. Krüppelpflegeverein.
Verordnungen: Pastor Lamberg.

Friedenskapelle.
Gew. gläub. get. Christen.
Töpferstadt — Ecke Hörne.
Vorm. 9 1/2 Uhr Bibelstunde.
Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule.
Nachm. 4 Uhr Sonntagsschule.
Elternversammlung.
A. 7 1/2. Geistl. Niederabend.
Donnerstag Abends 8 Uhr Gebetsstunde.
Pred. Kopplin.

In Bodewilshausen Vorm. u. Nachm. Versammlung.

Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L frei.
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)